

Jusos stemmen sich gegen Merz: Der Kampf um die Kanzlerschaft beginnt!

Friedrich Merz strebt am 6. Mai 2025 die Kanzlerschaft an. Widerstand kommt von den Jusos – wichtige Entscheidungen stehen bevor.



Hannover, Deutschland - Am 15. April 2025 rückt die Kanzlerwahl in Deutschland näher. Friedrich Merz plant, sich am 6. Mai 2025 zum Bundeskanzler wählen zu lassen. Seine Ambitionen stehen jedoch vor einer erheblichen Herausforderung, insbesondere durch Widerstand aus der SPD-Jugendorganisation, den Jusos. Diese kündigten an, gegen die geplante Koalition zwischen Union und SPD zu stimmen, was die Zustimmung innerhalb der SPD zusätzlich kompliziert, da die Zustimmung zum Koalitionsvertrag bei den Funktionseleiten der CDU und CSU liegt, während die SPD einen Mitgliederentscheid durchführt.

Insgesamt 385 Mitglieder der SPD sind aufgerufen, bis zum 29.

April 2025 online über den Koalitionsvertrag abzustimmen, darunter 70.000 Jungsozialisten. Juso-Chef Philipp Türmer hat bereits erklärt, dass die Bundesorganisation der Jusos mit „Nein“ stimmen wird. Die Hauptkritikpunkte der Jusos beziehen sich auf die „Migrationswende“ der Union sowie Merz' Rückzug bei der Mindestlohnfrage. Bisher hat sich jedoch kein prominenter Sozialdemokrat außerhalb der Jusos gegen die Koalition ausgesprochen, was die Frage aufwirft, ob die Jusos allein erfolgreich sein können.

Koalitionsvertrag und Abstimmungen

Der Koalitionsvertrag zwischen Union (CDU/CSU) und SPD steht, und die CSU hat als erste Partei diesem Vertrag zugestimmt. Lars Klingbeil von der SPD erwartet mehr Grenzkontrollen und Zurückweisungen an den Grenzen, was die Sachlage weiter kompliziert. Friedrich Merz will sich am 5. Mai im Bundestag wählen lassen, während die endgültige Abstimmung der SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag vom 15. bis 29. April laufen wird, ergänzt durch eine Sitzung des Bundesausschusses der CDU zur Abstimmung am 28. April.

Eine Blitzumfrage zeigt, dass 54% der Deutschen keinen politischen Wandel durch die neue Koalition erwarten. Carsten Linnemann von der CDU betonte, dass die Partei sich nicht nach links verschoben habe, während Angela Merkel die strengere Asylpolitik im Koalitionsvertrag unterstützt. Ein möglicher Streitpunkt in den Verhandlungen war die Steuererhöhung für Besserverdienende, ein Punkt, den Alexander Dobrindt (CSU) vom SPD-geführten Finanzministerium als „Nein“ abgelehnt sieht.

Politische Reaktionen und Zukunftsausblicke

Die Stimmung innerhalb der SPD zeigt sich optimistisch, insbesondere durch Dietmar Woidke, der zuversichtlich ist, dass

die Zustimmung seiner Partei zur Koalition kommt. Im Kontrast dazu hat Alice Weidel von der AfD den Koalitionsvertrag als unzureichend kritisiert. Innerhalb der Koalition finden auch kritische Stimmen Gehör, so bezeichnet Saskia Esken, Co-Chefin der SPD, Äußerungen von Jens Spahn über die AfD als „sehr, sehr empörend und gefährlich“.

Die kommenden Wochen sind entscheidend für die Zukunft der Koalition und die Pläne von Merz. Mit den Abstimmungen, den Verantwortlichkeiten und den starken Gegenstimmen aus den Reihen der Jusos bleibt abzuwarten, ob der angestrebte Kanzlerwechsel am 6. Mai realisierbar ist. Die politischen Akteure sind sich wohl dessen bewusst, dass sich in den nächsten Tagen die Positionen und Strategien entscheidend verändern könnten.

Für weitere Details zu dieser Thematik können Sie die Berichte von **Compact Online**, **op-online** und **ZDF** lesen.

Details	
Ort	Hannover, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.compact-online.de• www.op-online.de• www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de